

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 31. August 2020 / Lundi après-midi, 31 août 2020

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

**10 2019.RRGR.383 Motion 310-2019 EVP (Löffel-Wenger, Münchenbuchsee)
Gerechte Sitzzuteilung bei Grossratswahlen – auch im Kanton Bern**

**10 2019.RRGR.383 Motion 310-2019 PEV (Löffel-Wenger, Münchenbuchsee)
Répartition équitable des sièges au Grand Conseil – dans le canton de Berne aussi**

Präsident. Somit kommen wir direkt zum Traktandum 10, einer Motion von Grossrat Löffel, «Gerechte Sitzzuteilung bei Grossratswahlen – auch im Kanton Bern». Die Regierung will diese Motion nicht annehmen. Wir sind in der freien Debatte. Die Motion wird vertreten durch Grossrätin Barbara Streit, die Mitvorstösserin ist.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Eigentlich wüssten wir ja alle, wie ein gutes Wahlsystem aussehen sollte: Jede Stimme, die abgegeben wird, sollte das gleiche Gewicht haben. Oder, wie es eben im Englischen heisst: «One man, one vote». Wir alle wissen aber, dass das auch hier in der Schweiz, in unserer ausgeklügelten direkten Demokratie, nicht überall der Fall ist, dass es an vielen Orten zu schiefen Resultaten kommt. Parteien erhalten einen Sitz mehr, obschon sie diesen eigentlich aufgrund ihres Wählendenanteils gar nicht verdient hätten, andere einen weniger, obschon sie eigentlich einen bekommen sollten. Tendenziell gewinnen grosse Parteien mit Hagenbach-Bischoff, dem jetzigen System, zusätzliche Sitze und kleine verlieren.

Trotzdem will der Regierungsrat am altgedienten Hagenbach-Bischoff festhalten, und dies erstaunt eigentlich. In den letzten 100 Jahren, seit es den Proporz nach Hagenbach-Bischoff gibt, hat man weitergedacht und tatsächlich im doppelten Pukelsheim eine gute Lösung gefunden. Sogar der Regierungsrat gibt es zu, dass der Pukelsheim den Willen der Wählerinnen und Wähler genauer abbildet als der Hagenbach-Bischoff. Er schreibt nämlich: «Das Verfahren bildet den Wählerwillen gesamtkantonal sehr genau ab. Auch bei sehr kleinen und unausgeglichenen Wahlkreisen wird eine gerechte Sitzzuteilung gewährleistet.» Und weiter: «Alle Stimmen verfügen über nahezu den gleichen Erfolgswert und die Menge der gewichtslosen Stimmen wird im grösstmöglichen Masse reduziert, da bei der Oberzuteilung alle Parlamentssitze auf einmal vergeben werden.»

Dem Regierungsrat und der Staatskanzlei müsste es als oberste Wahlbehörde eigentlich ein Anliegen sein, dass Wahlen möglichst gerecht durchgeführt werden, gerecht auch im Sinne von «one man, one vote». Warum will er dann den Pukelsheim nicht? Es kann doch nicht sein, dass man ein gerechtes Wahlsystem nicht will, weil es schwierig zu erklären ist, und erst recht nicht, weil man eine Volksabstimmung durchführen muss – es ist doch gut, wenn sich die Bevölkerung zum Wahlsystem äussern kann! Am Schluss seiner Antwort erklärt uns der Regierungsrat, dass beide Systeme – Hagenbach-Bischoff und Pukelsheim – eben verschiedene Vor- und Nachteile hätten. Diese Aussage ist einigermassen skandalös. Beim Wahlsystem geht es doch eigentlich darum, den Willen der Wählerinnen und Wähler möglichst genau und gerecht abzubilden. Darum geht es und um nichts anderes! Gehen wir nach diesem Kriterium, hat ganz klar der Pukelsheim die Nase vorn. Der Hagenbach-Bischoff ist aus demokratiepolitischer Sicht hier eindeutig nicht gleichwertig und hat nicht einfach «andere Vorteile» als der Pukelsheim. Es geht bei diesem Vorstoss darum, Demokratie weiterzuentwickeln und Vielfalt in der Demokratie besser abzubilden.

Wir wollen übrigens nicht einen Minderheitenschutz für kleine Parteien durchdrücken, auch wenn wir Motionärinnen und Motionäre alle aus kleinen Parteien kommen. Wie ich schon weiter oben erwähnt habe, ist es auch klar, weshalb wir von dieser Seite kommen. Im Gegenteil: Wir sind uns Minderheitspositionen gewöhnt und akzeptieren sie. Wir wollen aber, dass die Stimmen aller Wählenden gleichwertig zum Tragen kommen. Es geht nicht, dass die Stimmen von Wählenden weniger wert sind, wenn sie kleine Parteien wählen, als wenn sie eine grosse Partei wählen. In diesem Sinn bitte ich Sie, dass Sie alle einem gerechteren und genaueren Wahlsystem zum Durchbruch verhelfen und diesen Vorstoss annehmen.

Präsident. Bevor wir zu den Fraktionen kommen, haben sich drei Mitmotionäre eingeschrieben, als Erster Casimir von Arx, glp.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Als Einleitung zur Debatte erlaube ich mir, Ihnen vier Zitate aus der Schweiz zum Thema doppelter Pukelsheim vorzutragen. Die ersten beiden Zitate sind von der ehemaligen Aargauer Grossrätin Yvonne Feri. Zitat 1: «Wir distanzieren uns von einer Besitzstandswahrung einzelner Parlamentssitze. Das Modell Pukelsheim führt zur fairsten Gewichtung der Stimmen, unabhängig in welchem Bezirk und zugunsten welcher Liste die Stimmabgabe erfolgt.» Zitat 2: «Jedoch sind uns demokratische Wahlen wichtiger als die Schaffung eines Gesetzes, welches gerade uns bevorzugen würde.» Das nächste Zitat kommt vom Zuger Grossrat Alois Gössi. Herr Gössi ist in der SP, so wie übrigens auch Frau Feri, aber das wussten Sie wohl schon. Zitat 3: «Eine Wählerstimme soll künftig im ganzen Kanton Zug gleich viel Gewicht erhalten. Wegen der Erfolgswertgleichheit der Stimmen bedeutet dies, dass alle Stimmen im ganzen Wahlgebiet, also auch mit Blick auf die Wahlkreise, genau gleich viel zur Wahl eines Mitglieds in den Kantonsrat beitragen sollen. Die Umsetzung dieser Forderung ist nur mit dem doppelten Pukelsheim sinnvoll.» Und das letzte Zitat entstammt dem Fraktionsbericht der SP Oberwallis zur Maisession 2007. SP: «Die Methode ist einfach. Wer auf einem Taschenrechner eine Wurzelberechnung eingeben kann, kann auch die Methode nach Pukelsheim korrekt anwenden. Voraussetzung für echte Demokratie und faire Spielregeln ist politische Reife. Ob die Mehrheitsparteien im Grossrat über diese politische Reife und Fairness verfügen, wird sich in dieser Woche im Grossen Rat zeigen». Ich freue mich auf eine angeregte Debatte.

Präsident. Nächster Mitmotionär: Grossrat Samuel Kullmann.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Ich danke meinem Mitmotionär Casimir von Arx für die sehr interessanten Zitate. Ich möchte auf ein ganz anderes Thema eingehen, denn der Pukelsheim ist ein sehr vielschichtiges Thema. Heute Abend gibt es eine relativ kleine Gruppe von Mitgliedern hier aus unseren Reihen, die zu einem U-35-Treffen zusammenkommt. Wir sind eine relativ kleine Gruppe, und zwar machen wir nur etwa 7 Prozent des Grossen Rates aus. Man musste das U-35-Treffen eben sogar zu einem U-35-Treffen machen, denn ursprünglich war es U-30-Treffen, aber da wären einige schon nicht mehr dabei gewesen. Was will ich damit sagen? Die Jugend ist sehr schlecht vertreten hier im Grossen Rat. Aber ist es nicht unser Anliegen – unser aller Anliegen, würde ich meinen –, dass man junge Menschen für politisches Engagement interessieren und gewinnen kann? Ich selber habe begonnen, mich mit 14 in der Politik zu engagieren, und wurde mit 16 aktiv. Ich bin mir bewusst, dass sich nicht alle so früh zu interessieren beginnen, aber trotzdem ist es doch das, was wir uns wünschen: dass junge Menschen frühzeitig beginnen, sich Gedanken zu machen zu politischen Themen, dass sie sich regelmässig an Wahlen beteiligen. Wie kann man dies fördern?

Da gibt es ganz verschiedene Möglichkeiten, und dazu haben Sie sich sicher auch schon Gedanken gemacht. Ich möchte Ihnen aber eine der effektivsten Möglichkeiten sagen, und diese lautet: Geben Sie jungen Menschen realistische Wahlchancen! Es darf doch sein, dass eine junge Liste einer grösseren Partei wie der SVP oder der SP kantonsweit einen, zwei oder drei Sitze hier im Grossen Rat macht. Auch dafür würde sich das Sitzzuteilungsverfahren doppelter Pukelsheim eignen: nämlich, dass Jungparteien, junge Listen nicht mehr Stimmlieferanten sind, wie es die letzten Jahrzehnte immer und ausnahmslos war, soweit ich weiss, sondern dass Vereinzelte auch die Möglichkeit hätten, als junge Menschen hier schon Einsitz zu nehmen. Oder sagen wir: jüngere Menschen als ich und die U-35-Gruppe, die sich heute Abend trifft. Zwischen 18 und 28 ist hier in unseren Reihen niemand vertreten, wenn ich richtig geschaut habe. Ich bin vorhin noch die Mitgliederliste durchgegangen. Es hat zwar einige drauf, die noch jung ausgesehen haben, aber bei denen ich festgestellt habe: Sie sind über 35, sehen aber immer noch sehr gut aus. Ja, einfach dieser Aspekt – wir werden noch weitere hören –, ein Appell gerade an die grösseren Parteien SVP, SP und FDP: Berücksichtigen Sie dies doch auch im Sinn der Jugendförderung: dass Sie mit dem doppelten Pukelsheim auch Leute Ihrer Jungparteien Perspektiven geben können, dass sie nicht erst 30 oder 35 werden müssen, bis ein Sitzgewinn hier im Grossen Rat realistisch ist. Danke für Ihre Aufmerksamkeit und für das wohlwollende Prüfen dieses Anliegens.

Präsident. Noch die letzte Mitmotionärin, die sich eingeschrieben hat: Grossrätin Natalie Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich möchte gerne noch einen Aspekt ergänzen zu dem, was meine Vorrednerin und mein Vorredner bereits gesagt haben. Ich spreche bewusst vom Doppelproporz. Doppelproporz: weil genau dies dieses System ist. Es berechnet den Proporz eben anders, es berechnet ihn feiner, und von daher möchte ich hier den Aspekt hervorheben, dass es sich nicht um ein Experiment handelt. Für all die, die jetzt das Gefühl haben, wir führen hier etwas ein, das eben etwas technisch tönt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das System hat sich bewährt. Es wird bereits in acht oder neun anderen Kantonswahlen so angewendet.

Am meisten Erfahrung hat man im Kanton Zürich, ein grosser Kanton mit einer starken SP, einer starken SVP, aber eben auch mit vielen Parteien, die genau zu dieser ganzen Palette von politischer Repräsentierung gehören. Der Kanton Zürich, der den doppelten Pukelsheim, um das Wort jetzt doch zu brauchen, auch entwickelt hat, hat dieses System bereits seit 2006. Es wurden also mehrere Kantonswahlen nach diesem System durchgeführt und es ist nicht bekannt, dass es im Kanton Zürich nicht gut gelaufen wäre, im Gegenteil. Der Kanton Aargau, ein mittelgrosser Kanton, aber auch kleinere Kantone – Schaffhausen, Nidwalden, Zug, Schwyz, Wallis, neuerdings auch der Kanton Uri, und in Abklärung ist der Kanton Graubünden, da ist es noch nicht eingeführt: all diese Kantone haben das System bereits eingeführt. Sie sehen es an dieser langen Liste: Es werden immer mehr. Im Kanton Uri ist interessant, dass sogar ein Teil des Kantonsgebiets nach dem doppelten Pukelsheim gewählt hat und ein anderer Kantonsteil nach einem anderen System. Auch das wäre möglich. Dies vielleicht an die Adresse jener, die jetzt meinen, im Jura – weil wir da noch eine spezielle Regelung finden müssen – sei das nicht möglich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, acht oder neun Kantone haben jetzt bereits das neue Wahlsystem, im Moment sind es noch elf Kantone, die den Hagenbach-Bischoff haben. Sie sehen also: Bald ist es die Mehrheit, die dieses System hat, und das liegt eben genau an den Qualitäten dieses Systems.

Ich möchte nur noch einen Aspekt hervorheben: Erfolgswertgleichheit. Es wurde vorhin gesagt, es tönt technisch, aber das Anliegen von uns Politikerinnen und Politikern muss doch sein, dass die Wählerinnen und Wähler wissen: Wenn ich eine Stimme abgebe – sei es für die SVP in der Stadt Bern, die dort vielleicht in einer Minderheit ist, oder für die Grünen im Oberaargau, die im Moment keinen Sitz haben ... Eine Wählerinnenstimme soll gleich viel Gewicht haben, und dies bildet der Doppelproporz eben besser ab, er bildet den Wert einer Stimme über den ganzen Kanton besser ab. Von daher ist es eine Weiterentwicklung des Proporz. Es gibt eine schöne Aussage von Kurt Schumacher – er ist vielleicht nicht so bekannt, das ist ein grosser Sozialdemokrat aus Deutschland, der Erste der deutschen Sozialdemokratie –, der sagte: «Wahlen sind die Sternstunden der Demokratie.» Genau daher müssen wir dazu beitragen, dass eben die Demokratie dies ist, dass eine Stimme – «one woman, one vote, one man, one vote» – genau dies beiträgt. Der Proporz wurde in vielen Kantonen hart erkämpft, jetzt ist der nächste Schritt für mehr Demokratie der doppelte Proporz. Helfen Sie mit, herzlichen Dank.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionen. Es haben sich im Übrigen noch nicht alle Fraktionen eingetragen. Wer will, soll dies noch tun, denn Herr Lanz ist dann schon Einzelsprecher. Es beginnt Grossrat Christoph Zimmerli für die FDP-Fraktion.

Christoph Zimmerli, Frutigen (FDP). Ein rechtsstaatliches und damit gerechtes Verfahren zur Sitzverteilung bei den Grossratswahlen ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie, sonst würde es ihr an der notwendigen Glaubwürdigkeit fehlen. Die Grundlage dazu finden wir in Artikel 73 unserer Kantonsverfassung, wonach unser Grosser Rat im Verhältniswahlverfahren gewählt wird und wonach das Gesetz die Wahlkreise bezeichnet. Die Zuteilung der Sitze erfolgt also heute nach dem Wahlsystem, wie wir es gehört haben, von Hagenbach-Bischoff. Das heutige Wahlsystem – dies wurde mehrfach bestätigt – entspricht den bundesgerichtlichen Vorgaben. Von Rechts wegen besteht also keine Notwendigkeit an einer Revision dieses Wahlrechts. Ergo ist es ein politischer Entscheid, ob man die bisherige Methode beibehalten will oder eben zum doppelten Pukelsheim wechseln will.

Nun ist es so, dass die Forderung nach einem neuen Wahlsystem mit einer schönen Regelmässigkeit in diesem Rat thematisiert wird. Schon in den Jahren 2007 und letztmals 2015 hat sich der Grosse Rat mit dieser Frage beschäftigt. Zuletzt hat er am 19. Januar 2015 eine entsprechende Reform deutlich abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich die Situation insofern geändert, dass weitere Kantone den doppelten Pukelsheim eingeführt haben: 2015 Schwyz, 2017 das Wallis und gerade unlängst vier Gemeinden im Kanton Uri. Heute ist unser System, also Hagenbach-Bischoff, in elf Kantonen eingeführt, und der doppelte Pukelsheim in acht Kantonen in der Schweiz. Was spricht

nun für eine Verfassungsänderung? Denn eine solche bräuchte es ja, wenn man das Wahlrecht ändern wollte. Ich will nicht alle Argumente, die bereits in der Motionsantwort (*M 127-2014*) aus dem Jahr 2014 aufgeführt wurden, und aus den Protokollen von früheren Diskussionen wiederholen. Ein erkennbarer Vorteil des doppelten Pukelsheim wäre aber der Wegfall von parteiübergreifenden Listenverbindungen und damit wohl mehr Transparenz und mitunter auch eine grössere Unabhängigkeit der einzelnen politischen Parteien.

Was wären die Auswirkungen dieses Systems auf den Wahlausgang hier im Kanton Bern? Das ist kurz gesagt: Die kleinen Parteien werden tendenziell gestärkt, die grösseren würden geschwächt. Konkret: SP und SVP würden also darunter leiden, während die kleineren Parteien davon profitieren würden. Für die FDP wäre der Systemwechsel mehr oder weniger neutral. Wir haben dies nachgerechnet. In den letzten vier Wahlen wären wir stabil geblieben und in den letzten Wahlen hätten wir mit dem neuen System einen Sitz verloren. Interessanterweise sind aber trotz dem heute kritisierten Wahlsystem auch neue Parteien entstanden, namentlich im Kanton Bern, und über Jahre gewachsen. Hagenbach-Bischoff ist also kein Hindernis für die Diversität der Parteienlandschaft. Es gibt unbestrittenermassen eine Tendenz in Richtung doppelter Pukelsheim in der Schweiz, und es gibt auch Gründe, die für das neue Wahlsystem sprechen. Aber der Wechsel ist weder rechtlich nötig noch sachlich zwingend und auch zeitlich nicht dringlich. Es ist ausschliesslich eine Frage der politischen Gewichtung. Die FDP stellt sich heute auf den Standpunkt, dass der Kanton Bern im Moment vordringlichere Probleme zu lösen hat, als sich mit einer aufwendigen Reform ihres Wahlsystems zu beschäftigen. Deshalb lehnen wir diese Motion, wie schon vor fünfzehn Jahren, ab.

Präsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA: Grossrat Urs Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich sage es gleich vorab: Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt die Motion ab, und zwar fasse ich dies kurz zusammen in fünf Gründen. Proporz und Wahlkreise führen systemimmanent immer zu gewissen Ungerechtigkeiten, das ist anders gar nicht möglich. Zweitens: Die Auswirkungen dieser Ungerechtigkeiten werden je nach Betroffenheit von den Parteien unterschiedlich gewichtet. Drittens: Das Berner System ist – es wurde gesagt – bundesgerichtstauglich. Und viertens: Ein System, das Kleinstparteien zu Sitzen im Parlament kommen lässt, erachtet die SP als nicht zielführend. Mit dem beantragten System müsste man ja 0,65 Prozent der Stimmen haben, und dann hätte man einen Sitz. Das würde aber nachher zu Zusammenschlüssen auf Fraktionsebene führen, denn irgendwo müssen ja die Interessen gebündelt werden, und wir finden, diese Interessen sind gescheitert auf der Ebene der Wählenden zu bündeln, und nicht auf der Ebene der Delegierten. Und fünftens: Unsere höchste Anforderung an ein System ist, dass sich die Wählerinnen und Wähler nicht manipuliert fühlen. Die neue Methode – oder die hier vorgeschlagene Methode des doppelten Pukelsheim – kann aber dazu führen, dass durch die Korrekturbuchungen in den einzelnen Wahlkreisen – so geschehen – beispielsweise eine Partei mit 14,6 Prozent der Stimmen drei Sitze bekommt in einem Wahlkreis und die andere mit 17,3 Prozent der Stimmen zwei Sitze. Zugegeben: Das ist mit Listenverbindung auch möglich, aber das ist Listenverbindung innerhalb eines Wahlkreises und daher sehr transparent. Das beantragte System nimmt die Umbuchung über den ganzen Kanton vor und ist entsprechend für den durchschnittlichen Wähler oder die durchschnittliche Wählerin nicht nachvollziehbar.

Wenn jetzt aber hier gesagt wird, das Prinzip von «One man, one vote» werde geritzt, dann sind wir weit weg davon, weit weg davon. Jeder im Kanton Bern gibt eine Stimme ab. Wenn man sagen würde, das Prinzip «One man, one vote» sei geritzt, dann dürften wir den Nationalrat, den Ständerat überhaupt nicht wählen. Stellen Sie sich vor, was für einen Einfluss ein Einwohner im Kanton Appenzel Innerroden proportional auf den Ständerat hat, oder ein Einwohner des Kantons Zürich: Dort sind die Unterschiede riesig, aber es ist immer noch das Prinzip, dass jeder eine Stimme hat.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Sehr viel wurde schon gesagt. Es ist ein politisches Anliegen, das die Motionäre verlangen, und das Zuteilungsverfahren nach dem doppelten Pukelsheim, das sie verlangen, haben wir vor fünf Jahren, 2015, bereits intensiv diskutiert. Man hat Studien gemacht usw. und man lehnte dies damals grossmehrheitlich ab. Für die SVP hat zwischenzeitlich praktisch nichts geändert. Wir sehen auch im doppelten Pukelsheim gewisse Vorteile, aber unter dem Strich überwiegen für uns die Vorteile nach dem heutigen Wahl- und Zuteilungsverfahren ganz klar. Deshalb wird die SVP diesen Vorstoss einstimmig ablehnen.

Jan Gnägi, Aarberg (BDP). Der Titel dieser Motion sagt für uns alles. Man will eine möglichst ge-

rechte Verteilung der Sitze im Grossen Rat, einen möglichst grossen demokratischen Einbezug von politischen Kräften in unserem Kanton. Für die BDP ist klar, dass wir dieses Anliegen unterstützen wollen. Uns ist wichtig, dass wir unsere gesetzgebende Behörde, den Grossen Rat, mit einem möglichst gerechten Wahlsystem wählen lassen können. Das heutige System – und da bin ich vielleicht etwas anderer Meinung als die anderen Mitmotionäre; ich bin ja selbst auch Mitmotionär – ist aus meiner Sicht nicht unbedingt ungerecht oder falsch, aber es ist halt auch nicht von der Hand zu weisen, dass es tendenziell den grossen Parteien hilft. Jetzt könnte ich natürlich sagen: Nach den nächsten Wahlen gehören wir auch wieder zu jenen, es ist uns wahrscheinlich egal – aber es ist uns eben nicht egal, weil ein Sitzgewinn für eine Jungpartei oder für eine kleinere Liste praktisch verunmöglicht ist mit diesem System.

Kommt hinzu, dass dieses System – das haben schon verschiedene gesagt – nicht alternativlos ist. Verschiedene Kantone wenden andere Berechnungsmethoden an, unter anderem auch der grosse Kanton Zürich. Wir sind klar der Meinung, dass man – und das hat die Motionärin, glaube ich, auch gesagt – Demokratie weiterentwickeln kann. Ein gerechtes Verteilverfahren von Parlamentssitzen wäre dafür ein geeignetes Mittel. Damit könnte auch die eine oder andere Partei oder Liste einen Sitz erlangen, die mir vielleicht nicht passt. Einem anderen passt vielleicht eine andere Partei nicht. Aber, seien wir ehrlich, das kann einem mit einer grossen Partei ja auch schon so gehen, und ausserdem finde ich persönlich, dass es eben eine Stärke unserer politischen Kultur ist, möglichst viele Kräfte in den Gesetzgebungsprozess miteinbeziehen zu können. Das neue Berechnungsverfahren wäre eben für alle statt für wenige, um damit auch die SP einzuladen, die Motion zu unterstützen.

Schliesslich möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass auch das Thema Listenverbindungen, das ja auch immer wieder umstritten ist, mit einem anderen System wegfallen würde. Wenn die damit verbundenen, teilweise sehr schwierigen Verhandlungen nicht mehr gemacht werden müssten, wäre zumindest *ich* froh, und ich könnte mir vorstellen, dass auch der eine oder andere Parteipräsident – oder Parteipräsidentin – hier froh wäre. Damit hoffe ich, vielleicht noch die eine oder andere Stimme bei der FDP abgrasen zu können. Also: Die BDP unterstützt die Motion, und wir laden Sie ein, mitzuhelfen.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Ja, ich gebe Ihnen die Haltung der Glp-Fraktion bekannt: Wir unterstützen die Motion vorbehaltlos, die Argumente sprechen ja für sich. Jetzt nütze ich die Gelegenheit noch schnell für ein paar Repliken. Der FDP-Sprecher sagte, dass trotz des heutigen Wahlsystems kleine oder neue Parteien entstehen können. Also, mit Verlaub: Dass Parteien trotz eines hinderlichen Wahlsystems neu entstehen können, ist ja kaum ein Argument gegen die Einführung eines gerechteren Wahlsystems. Der SP-Sprecher sprach von Manipulation. Im Oberwallis hat man offenbar betreffend Verständlichkeit dieses Systems weniger Sorgen, auch bei der SP, so wie es aussieht. Ich kann dir aber versichern: Es geht alles mit rechten Dingen zu. Ich lade dich sonst ein, nachher bei mir dieses Buch hier, «Sitzzuteilungsmethoden von Friedrich Pukelsheim», anzuschauen. Da ist alles transparent erklärt. Der SVP-Sprecher sagte, es habe sich seit 2015 nichts geändert. Da bin ich grundsätzlich einverstanden: Der Pukelsheim war damals schon das gerechtere System, und das ist auch heute noch der Fall.

Meine Ausführungen schliesse ich mit einem weiteren Zitat, diesmal aus dem Kanton Bern: «Wir lehnen diesen Vorstoss einstimmig ab. Damit manifestieren wir, dass die grossen Parteien am selben Strick ziehen (*Heiterkeit*) – das ist doch für einmal auch ein gutes Zeichen.» Sie finden das im Grossratsprotokoll vom 19. Januar 2015. Es ist ein entwaffnend ehrliches Zitat. Tatsächlich ist es so, dass die beiden grossen Parteien in diesem Rat nur dank des heutigen Wahlsystems die absolute Mehrheit haben, obwohl ihr Wähleranteil zusammen nur auf 49 Prozent kommt. Damit können sie auf parlamentarischer Ebene, dank dieses Systems, die Änderung des Systems blockieren. Das Zitat stammt übrigens aus dem Fraktionsvotum der SP. Mir kam dabei der Titel eines kantonalen Referendums aus dem Jahr 2018 in den Sinn. Der Titel hiess: «Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne», vielleicht erinnern Sie sich. Ersetzen Sie einmal «Steuern» durch «Parlamentssitze» und «Konzerne» durch «Parteien» – Sie wissen sicher, worauf ich hinauswill. Ich komme zum Schluss. Vor 100 Jahren wusste die SP noch, wie man ein Wahlsystem gerechter macht. In einem Teil der Kantone weiss sie es auch heute noch, leider nicht in Bern. Schade. Schauen wir in 4 Jahren wieder.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Ich darf noch als Fraktionssprecher zu Ihnen sprechen.

Präsident. Genau.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Das ist super, denn dann habe ich gleich die wunderbare Gelegenheit, mich bei Sandra Schneider zu entschuldigen, die 28 ... Ja, jedenfalls wäre das nicht ganz richtig gewesen: Es gibt noch jemanden zwischen 18 und 28 in diesem Rat, aber die Zeit spricht für mein Argument, wie das jeweils so ist. Genau. Und ich kann noch ein weiteres Argument aufführen, und zwar: Das mit der Listenverbindung wurde zwar schon ein paar Mal gesagt, aber so gerne ich Listenverbindungen habe und so spannend ich es als Stratege finde, lange Excel-Tabellen durchzurechnen: Es ist doch die elegantere Lösung mit dem doppelten Pukelsheim, bei dem am Ende auf kantonaler Ebene alles aufgeht, der es einfach nachvollziehen lässt, was genau passiert ist. Uns von der EDU hat man vorgeworfen, wir hätten irgend so eine Birchermüesli-Listenverbindung gemacht bei den letzten Nationalratswahlen, und so etwas wäre dann auch nicht mehr nötig, obwohl dies eine ganz spannende Sache und Erfahrung war.

Noch ein abschliessender Gedanke: Ein Sitzzuteilungsverfahren ist etwas, zu dem sich eigentlich recht wenige Leute Gedanken machen, das aber nicht zu unterschätzende Auswirkungen hat. Hier, auf der einen Seite, kommen Wahlzettel, kommen Stimmen herein, gehen in die Blackbox, und auf der anderen Seite kommt eine Sitzzahl heraus. Es gibt 20, wenn nicht 30 unterschiedliche Sitzzuteilungsverfahren, wie man das regeln könnte, und es ist wirklich nicht zu unterschätzen, was für eines man wählt. Im Extrembeispiel können wir ja die USA anschauen, wo man effektiv ein Zweiparteiensystem hat. Ich bin der Meinung, dass dies sehr stark zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt und dass wir sehr dankbar sein können für den Proporz, den wir seit 1919 auf nationaler Ebene in der Schweiz haben. Damals hat das Volk übrigens Ja gestimmt zu dieser Volksinitiative. Da gab es natürlich auch gewisse Parteien, die dagegen waren – aus ähnlichen Gründen, die heute vielleicht nicht so gesagt werden, aber vielleicht dennoch im Hintergrund mitspielen. Aber es hat, glaube ich, unser politisches System sehr positiv geprägt. Ich persönlich fände es auch sehr positiv, wenn es neue Kräfte gäbe, die im Parlament Einsitz nehmen könnten. Diese würden schon irgendwo in einer Fraktion unterkommen, da mache ich mir nicht so Gedanken. SP und Grüne zeigen, dass dies geht, und jede Partei bringt irgendeine Spezialität oder mehr Fachwissen mit, und ich fände es spannend, wenn es neue Gruppierungen gäbe, die hier den Einsitz schaffen würden, da jede irgendetwas, einen Aspekt aus der Gesellschaft mitbringt, der sonst fehlen würde. Ich schätze jede Partei, die hier in diesem Saal ist, für jede Fraktion bin ich dankbar, dass es sie gibt, dass sie hier in diesem Rat vertreten ist. Sie bringen alle ganz kostbares Wissen mit, Erfahrungen aus Ihrem Umfeld, die fehlen würden, wenn das nicht der Fall wäre. Und es gäbe in der Gesellschaft draussen vielleicht kleinere Gruppierungen, die genau solche Sachen einzubringen hätten, bei denen es genauso gut wäre, wenn ihre Stimme hier – oder dann wieder im Rathaus – gehört werden würde.

Präsident. Und noch für die grüne Fraktion, nehme ich an, Grossrat Daniel Klausser.

Daniel Klausser, Bern (Grüne). Es wurde von diversen Vorrednern betont, das heutige System sei ja bundesrechtskonform. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nur, weil etwas legal ist, heisst es noch nicht, dass es wirklich fair ist. Wenn ich da zur rechten Seite schaue: Die SP setzt sich sonst doch immer für Fairness und für den Schutz von Minderheiten ein, aber heute bekomme ich den Eindruck, wenn es die eigene Macht tangiert, ist es dann vielleicht mit dem Minderheitenschutz nicht mehr so weit her.

Präsident. Damit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Als Erster hat Grossrat Raphael Lanz das Wort.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Die Wahlsysteme können, gerade für den Laien, etwas komplex und kompliziert sein. Ich glaube, wir haben jetzt in dieser Diskussion gesehen: Es gibt nicht einfach richtig und falsch. Es gibt mehrere Möglichkeiten, und ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Kanton Bern relativ grosse Wahlkreise haben, wenn man schweizweit vergleicht. Deshalb sind auch die Vergleiche, die jetzt angestellt wurden – dort hätten sie das, dort hätten sie dies –, nicht ganz unproblematisch. Das müsste man wahrscheinlich etwas genauer anschauen. Und dann möchte ich darauf hinweisen, dass Demokratie auch von der Stabilität lebt, und sie lebt auch davon, dass diejenigen, die wählen gehen, verstehen, weshalb die gewählt wurden, die dann eben gewählt wurden. Jetzt kann der doppelte Proporz, der Pukelsheim – das kann man mathematisch alles ausrechnen, das hat alles seinen Bescheid – dazu führen, dass in Saanen jemand gewählt wird, weil diese Partei in der Stadt Bern viele Stimmen gemacht hat. Dann verstehen es die Leute nicht mehr. Ich hätte

jetzt die Befürchtung, dass das Vertrauen unserer Wählenden, das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie schlussendlich eher sinkt, wenn wir dies einführen, weil sie nicht mehr verstehen, weshalb jetzt plötzlich eine bestimmte Person gewählt wird. Da wäre alles in Ordnung mit der Wahl, das kann man nachvollziehen – Urs Graf hat aber Beispiele genannt, die es den Leuten einfach schwermachen, überhaupt noch zu verstehen, weshalb es so herauskommt.

Daher denke ich: Wenn wir Änderungen machen im Wahlsystem, dann sollten wir dies aus Respekt vor der Demokratie und auch vor den Wählenden nur dann machen, wenn ein neues System klare Vorteile gegenüber einem alten System hat. Und für mich ist das hier nicht der Fall. Man kann hier wirklich geteilter Meinung sein. Das Wahlsystem, das wir haben, das hat sich bewährt. Falls das Problem die parteiübergreifenden Listenverbindungen sein sollten, dann könnte man allenfalls dort ansetzen, wenn man das wollte – dann müsste man nicht gleich das ganze System ändern, aber insgesamt hat sich das System bewährt, und ich würde Ihnen im Interesse des Vertrauens in die Demokratie abraten, hier ein bewährtes System zu ändern.

Christa Ammann Bern (AL). Es ist jetzt schon ganz viel im Namen der Kleinstparteien geredet worden. Ich identifiziere mich eigentlich auch mit ihnen, komme aber zu einem völlig anderen Schluss, sprich: Ich komme zum selben Schluss wie die SP und die SVP, wenn es um die Diskussion geht, was ein sinnvolles Wahlsystem ist. Der Kanton Bern ist sehr divers. Dementsprechend gibt es auch regionale Parteien, die halt lokal verankert sind und gleichzeitig in ihrem Wahlkreis wichtig sind, damit die Stimmen auch in den Kanton hineingetragen werden. Wir gehören jetzt halt zu denen, die sich städtisch so organisiert haben, dass wir mittels Listenverbindungen die nötige Kraft haben, um auch kantonal mitreden zu können. Das heisst: Gerechtigkeit ist, wenn es um Wahlen geht, wirklich etwas «random», würde ich sagen, jedenfalls, wenn es um diese beiden Systeme geht. Eigentlich geht es ja um Partikularinteressen, beziehungsweise: Es geht auch darum, wie man es gewichten will. Ist es nur legitim, im Kanton Bern mitzureden, wenn man in jedem Wahlkreis vertreten ist, oder ist es eben auch legitim, wenn man im eigenen Wahlkreis die nötige Stärke mitbringt oder das nötige Netzwerk mitbringt, um trotzdem gewählt zu werden? Dementsprechend komme ich eigentlich zum gleichen Ergebnis wie der Redner der SP, sprich: Die Motion muss abgelehnt werden. Nur finde ich, dass Kleinstparteien durchaus auch im kantonalen Parlament vertreten sein sollten.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ich muss schnell eine Richtigstellung gegenüber Casimir von Arx machen: Ich habe nicht gesagt, das Wahlsystem führe zu Manipulation. Ich habe gesagt, Wähler könnten sich manipuliert vorkommen. Der Sachverhalt ist genau das, was Raphael Lanz dargelegt hat: dass Auswirkungen dieses neuen Systems dann in irgendeinem Wahlkreis stattfinden werden und dass dort jemand nicht gewählt wird, weil zum Beispiel in einem grossen Wahlkreis die andere Partei mehr Stimmen hatte. Es ist einfach eine Erfahrung, dass Wahlsysteme für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar sein sollten. Das ist fast wichtiger als Gerechtigkeit bis hin zur siebten Kommastelle.

Präsident. Ich würde ankündigen, dass wir das Geschäft heute noch beenden, damit nachher die Staatskanzlei fertig ist. Prochaine oratrice, la députée Maurane Riesen.

Maurane Riesen, Moutier (PSA). Ce que je vais dire va dans le même sens que ma collègue Christa Ammann, mais provenant d'un autre cercle électoral et d'un autre petit parti. La représentativité au niveau des cercles électoraux est à mon avis également très importante. Selon ma compréhension, un parti très fort au niveau d'un petit cercle électoral, voire très petit cercle électoral, mais pas présent du tout dans le reste du canton, aurait encore moins de chance d'être représenté ici au Grand Conseil. Or, pour un canton hétérogène comme le canton de Berne, avec des régions qui sont très différentes, cette représentativité au niveau des cercles électoraux est également très importante. Au niveau fédéral, je pense que c'est également le cas avec les cantons dont les partis politiques sont représentés au niveau cantonal, ce qui se reflète ensuite au Conseil national. Ici, dans le canton de Berne, un grand canton hétérogène, c'est important. Donc, je vous invite à refuser cette motion.

Präsident. Ich werde in zwei Minuten die Rednerliste schliessen. Nächster Sprecher ist Grossrat Michel Seiler.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Für den Kanton möglichst viele Menschen und Gruppierungen in die Verantwortung miteinbeziehen: Wer will das nicht? Da wird irgendwie betoniert gegen die Vermehrung der Diversität.

Präsident. Wir schliessen die Rednerliste. Somit spricht jetzt noch Grossrat Hannes Zaugg.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Das Votum von Urs Graf hat mich jetzt wirklich noch nach vorne getrieben: Es sei wichtiger, dass es die Leute verstehen, als dass es gerecht sei. So, ja, doch, so hast du das gesagt, sorry. Ich möchte Ihnen schnell von einem Betriebsunfall im letzten Herbst erzählen. Ich ging als Listenfüller auf eine Liste bei den Gemeindewahlen. Die SP hatte eine bisherige Gemeinderätin, eine sehr gute Gemeinderätin, vorkumuliert auf ihre Liste gesetzt, die SP machte 1600 Sitze – Stimmen, natürlich, selbstverständlich, Entschuldigung –, die glp machte 900 Stimmen, und wir hatten eine Listenverbindung mit der FDP, die 800 Stimmen machte. Dadurch machten wir den Sitz. Ich persönlich machte etwa 250 Stimmen, und mit diesen 250 Stimmen habe ich eine sehr verdiente SP-Gemeinderätin aus dem Rat geworfen. Das hat niemand begriffen, ich selber eigentlich auch nicht. Es ist einfach das System, und ich finde es nach wie vor nicht gerecht, deshalb spreche ich selbst auch von einem Betriebsunfall. Wir haben es nachgerechnet: Mit Pukelsheim hätte die SP ihren Sitz behalten können.

Präsident. Ich gebe das Wort dem Staatsschreiber, Christoph Auer.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Sie haben es gesehen: Der Regierungsrat hat sich erlaubt, sich etwas kürzer zu fassen als bei der Antwort auf die Motion im Jahr 2015 (*M 127-2014*), aus dem Grund, dass sich eben, wie auch schon erwähnt wurde, nicht viel oder nichts geändert hat in den letzten Jahren. Es ist ja auch nicht der erste Vorstoss zu diesem Thema: Es ist der vierte Vorstoss Löffel zu diesem Thema, und wenn Ruedi Löffel noch länger Grossrat wäre, käme wahrscheinlich bald der fünfte. Grossrat von Arx hat ja schon angekündigt, in vier Jahren käme der nächste Vorstoss zu diesem Thema. Deshalb ist die Antwort etwas kürzer ausgefallen, aber im Grundsatz bleibt es eigentlich bei dem, was die Regierung schon 2015 gesagt hat: Beide Systeme sind gut, beide Systeme sind gerecht. Das Pukelsheim-Wahlsystem ist ein gerechtes Wahlsystem, ein gutes Wahlsystem, aber auch das Hagenbach-Bischoff-Wahlsystem ist ein gutes und gerechtes System. Dass viele Kanton in der letzten Zeit zum Pukelsheim übergegangen sind, hängt damit zusammen, dass sie gezwungen waren, ihr Wahlsystem anzupassen, weil das Bundesgericht dies sagte. Der Kanton Bern hat seine Hausaufgaben früher gemacht: Er hat ein Wahlsystem, das bundesrechtskonform ist, und muss deshalb die Anpassung nicht vornehmen.

Zu den Vor- und Nachteilen, die beide Systeme haben, möchte ich eigentlich nur etwas noch erwähnen, das mehrere Personen schon gesagt haben – zuletzt hat es Grossrätin Riesen erwähnt: Wir haben einen grossen, heterogenen Kanton. Man redet häufig davon, der Kanton Bern sei wie die Schweiz im Kleinen. Wir haben verschiedene Sprachen, wir haben verschiedene Kulturen, wir haben ländliche Gebiete, städtische Gebiete, unterschiedliche Regionen. Und genau in einem solchen Kanton ist es wichtig, dass eben die regionale Verankerung spielt, dass die Leute dort, wo sie gewählt haben, auch ihren Sitz haben und dass die Umbuchungen, wie sie Grossrat Urs Graf erwähnt hat, die beim Pukelsheim über den Gesamtkanton gehen würden ... diese sind eben in einem grossen, heterogenen Kanton problematisch, oder problematischer. Daher finden auch die Nationalratswahlen eben nicht nach dem Pukelsheim-System statt: weil man eben Umverteilungen vom Kanton Appenzell zum Kanton Bern nicht mehr verstehen könnte, nicht mehr begreifen könnte als Wähler oder als Wählerin. Daher spricht in einem grossen Kanton halt einiges für das bisherige System. Die Unterschiede sind am Schluss gar nicht mehr so gross, wenn man eine Sperrminorität einführt, was man ja wahrscheinlich auch in Bern machen würde.

Der Kanton Zürich wurde von einigen Rednern als Vorbildmodell erwähnt. Dort hat es diese Sperrklausel von fünf Prozent und deshalb ist es auch kein Zufall, dass sich Grossrätin Christa Ammann und Grossrätin Maurane Riesen fürs herkömmliche System entschieden haben. Wenn man die Grossratswahlen 2018 mit dem Zürcher System durchrechnen würde, dann wäre Christa Ammann jetzt nicht unter uns, und entweder Peter Gasser oder Maurane Riesen wären auch nicht unter uns, weil eben kleine, regional verankerte Parteien, die durch Listenverbindungen oder durch ihre regionale Verankerung einen Sitz gemacht haben, zu kurz kämen mit dem Pukelsheim-System, das dann plötzlich über den Gesamtkanton rechnet. Und ein letzter Grund, warum es gute Gründe gibt, beim Bisherigen zu bleiben: Diese Umbuchungen sind eben auch sehr kompliziert nachzuvollzie-

hen. Man kann sie nicht einfach nachvollziehen und auch nicht einfach ermitteln. Man braucht ein Computersystem – ein Taschenrechner reicht wirklich nicht –, um die zweite proportionale Verteilung zu machen. Die Regierung beantragt Ihnen deshalb wie bereits 2015, die Motion abzulehnen.

Präsident. Jetzt schaue ich noch zur Motionärin, die anscheinend zum Rednerpult eilt, oder besser gesagt: zum Guichet. Sie hat selbstverständlich die Möglichkeit, noch eine Replik zu machen. Das Schliessen der Rednerliste bezog sich auf Einzelsprechende. Willst du noch? – Die Motionärin hat noch einmal das Wort.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Ja, ich möchte nur noch ganz kurz auf einen Punkt eingehen, den der Herr Staatsschreiber erwähnt hat: Die Quoren, die Hürden, die er erwähnt hat, gehören eigentlich nicht zum Pukelsheim, sondern das ist eben etwas, das kam, nachdem der Pukelsheim eingeführt worden war – die grossen Parteien müssen um ihre Pfründe fürchten und führen dann eben diese Wahlhürden ein, damit sie bei ihren Pfründen bleiben können. Dies einfach so zur Information.

Präsident. Somit kommen wir zur Beschlussfassung: Motion Löffel respektive jetzt eben Streit, «Gerechte Sitzzuteilung bei Grossratswahlen – auch im Kanton Bern». Das ist das Traktandum 10, und wir befinden darüber in der Form der Motion. Wer sie annimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.383)

Vote (2019.RRGR.383)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 47

Nein / Non 98

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt, mit 47 Ja- zu 98 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Damit sind wir am Ende des ersten Sessionstags. Kommen Sie gut nach Hause, einen schönen Abend und bis morgen früh.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.

Der Redaktor / Le rédacteur

Silvano Cerutti (d)

Die Redaktorin / La rédactrice

Ursula Ruch (f)